

diese Summe kaum ausreichen. Dr. Semmler (nat.-lib.) ist für den Bau durch die Gesellschaft; die Bahn müsse fortgesetzt werden. Duala ist der beste Hafen der westafrikanischen Küste. Erzberger (Btr.) hält den Bau durch das Reich für geboten; in England und Frankreich bauet stets der Staat. Wenn er hier noch eine Ausnahme für geboten erachtet, so müsse das Reich das Recht erhalten, die Bahn schon nach 20 statt 30 Jahren zurückzuhalten. Die Provision mit 360 000 Mark müsse unbedingt beauftragt werden; die Provision würde ja gegeben werden, obwohl das Syndikat das Geschäft nicht zu Ende gebracht habe. Im Kaufmannsleben gebe man aber nur Provisionen für Geschäfte, die zu Ende kommen. Die Kommission möge diese Summe freistellen. Ein Antrag Erzberger fordert den Abstrich dieser Provision; die Nationalliberalen, Freisinnigen und Reichspartei unterschrieben den Antrag; ein zweiter Antrag Erzberger enthält für das Reich das Recht, die Bahn schon nach 20 Jahren zurückzuhalten. Morgen geht die Debatte weiter.

Zum preußischen Herrenhaus stand am Donnerstag die Interpellation des Grafen Hinkel zu Hindenbusch zur Debatte. Graf Eulenburg begründete die Anfrage, mit welchen Mitteln die Regierung der Sozialdemokratie entgegenzutreten gedenke. Er wies hin auf die Revolution in Russland und die Wahl demonstrierungen in Deutschland. Angesichts dieser Bestrebungen müsse die Regierung dafür sorgen, daß das Vertrauen zu König und Regierung nicht erschüttert würde. Ministerpräsident Bülow gab den Interpellanten folgende Antwort: „Auf die Gefahren, die dem Vaterland durch die Sozialdemokratie drohen, habe ich schon bei den verschiedensten Anlässen hingewiesen. Ich erkenne es als unabtriebbares Pflicht jeder Regierung an, diesen Gefahren entschieden entgegenzutreten. Wir müssen alle Mittel anwenden, um Organisationen, die die staatliche Ordnung gefährden, zu unterdrücken. Der Tyrann der Straße beugt uns nicht, vor Demonstrationen und Drohungen lassen wir uns nicht abtreten. Pöbelzüge und Revolutionen werden wir in Preußen und Deutschland nicht dulden. Die Regierung hält eine Vermehrung ihrer Befugnisse bis jetzt nicht für nötig; von ihren gesetzlichen Befugnissen aber wird sie entschlossen Gebrauch machen. (Bravo!) Wenn Herr Graf Eulenburg mir zufolge: eaveant consules, d. h. Reichsangehörige die Offensive, zeige der Revolution den starken Arm des Staates, so muß die Entscheidung, wenn der Augenblick gekommen ist, an die gesetzlichen Mörderpersönlichkeiten vertraute Machtmittel gegenüber den revolutionären Untrüben zu appellieren, der Regierung überlassen bleiben. Aufforderungen der bürgerlichen Presse sind optimal geeignet, der guten Sache zu dienen; darum sollte die Presse und die bürgerlichen Parteien unter sich Aktionen halten und nicht, wie es zu meinem Bedauern vorgekommen ist, mit der Sozialdemokratie verbünden und Wahlbündnisse abschließen, um sich zu belagern. Der Zusammenhalt aller bürgerlichen Elemente ist in diesen ernsten Zeiten dringend notwendig. Für die Alegierung und für die bürgerlichen Parteien muß es heißen: Gegen die revolutionäre Sozialdemokratie! Der Übermut dieser Partei wäre nicht so hoch gestiegen, wenn nicht von unserer Seite in Unterdrückung der uns drohenden Gefahr die nötige Vorsicht immer und immer wieder außer acht gelassen worden wäre. An die bürgerlichen Parteien richte ich die Mahnung: Seien wir einig gegenüber dem gemeinsamen Feind!“ — Fürst Bülow hat den Schriftmachern eine derbe Lektion erteilt. Das Haus verlagerte sich bis Ende März.

Die Denkschrift über die Entwicklung des Staatsgebietes ist soeben erdrückt. Sie ist wieder reichlich mit photographischen Aufnahmen ausgestattet. Man sieht, wie aus dem kleinen Nest eine echt moderne Stadt wird. Kein Wunder. Die Stadt hat uns schon 85 Millionen Mark gekostet und verdielt jährlich 15 Millionen Mark. Dafür kann auch etwas geleistet werden. Ueber den Handelswert dieses Schutzgebietes haben sich die Meinungen sehr geändert, so daß man bereits in vielen Kreisen sagt, die Richtung aufzuzeigen sei das Bernhardi.

Mit der Wäschetrude nach Südwestafrika wird, wie man aus Aventine berichtet, Landrat v. Uslar geschickt. Der Landrat hat vor einige Zeit viel von sich reden gemacht, da er unter Zuhilfenahme der Wissenschaft mit außerordentlicher Erfolg unerhörliche Quellen fand. Er hat jetzt von der Regierung den Auftrag erhalten, nach Südwestafrika zu gehen und dort nach Wissenswerten zu

suchen. An diesen modernen Ostasien können wir vorerst nicht glauben. Das Deutsche Reich macht sich ja in der ganzen Welt lächerlich wenn es diese Experimente ausführt. Es ist übrigens ein Beweis der Wasserkunst dieser Kolonien, daß man schon auf die Wüste hinaus kommt.

Vorerst halten wir die Sache für einen schlechten Witz, der jedoch in sehr angesiedeten Blättern vertreten wird.

Die Braunschweiger Regierung beantragte beim Landtag eine Erhöhung der Einkommen- und der Erbgangssteuer um etwa 50 Prozent, also in der gleichen Höhe wie in Preußen. Der Votierzettelbericht wird für die kommende zweijährige Periode auf nur 1 200 000 M. veranschlagt gegen 2 836 600 M. in der vergangenen Periode.

Das Landgericht Potsdam beschäftigt sich in einem Ermittlungsverfahren, um den Urheber anonyme Briefe zu entdecken, die beim Oberhofmarschallamt des Kaiserreichs eingetauscht sind und in denen von Personen des kaiserlichen Hofstaats und auch von Angehörigen der nächsten Umgebung des Monarchen die Rede ist. Diese anonymen Briefe sind zumeist mit Bleistift geschrieben. Vergleichbar hat das Hofmarschallamt den Versuch gemacht, den Verfasser dieser Briefe zu ermitteln. Jetzt glaubt man endlich, den Urheber dieser Schriftstücke in der Person eines seit langen Jahren im Hofdiensten stehenden, in Potsdam wohnenden Schlossbeamten gefunden zu haben, gegen den auch ein Strafverfahren wegen Bekleidung eingeleitet worden ist.

„In einer vorläufige Freilassung der Akteure, die nach ihrer Verurteilung zu horrenden Gefängnisstrafen durch die unterste Instanz gleich eingestellt worden sind, deutet die Kolonialverwaltung nicht, weil sie das Souveränement den Eingeborenen gegenüber „nicht diskreditieren“ will. Entsprechend den jüngsten Ausführungen der Kolonialverwaltung im Reichstage betont ein offizieller Artikel der „Athen. Zeitg.“, man brauche sicher allerdings nicht für einen größeren Aufstand in Kamerun zur Zeit Besorgnis zu hegen, „aber immerhin ist es bedenklich, von hier aus Maßnahmen anzuordnen, welche die Eingeborenen nur als Schwäche auslegen könnten. Die Untersuchung der ganzen Angelegenheit wird ja nun ratsch von statthaften gehen. Jemand ein genügender Grund zur Verurteilung überhaupt muss doch vorgelegen haben, sonst könnte doch nicht auf so abnorm hohe Strafe erkannt worden sein. Wenn man daher, nachdem die Strafe gemildert oder im Gnadenwege ganz aufgehoben ist, die Häuptlinge aus der Haft entlässt, wird das auch noch früh genug sein.“ Auch ein blühender Standpunkt, der gewiß nicht geeignet ist, den Frieden zu erhalten!

Auf der Tagesordnung der für Montag, den 12. Februar, mittags, im Circus Busch in Berlin anberaumten Generalversammlung des Bundes der Landwirte stehen folgende Referate: a) Die sogenannte Fleischnot (Referent: a. d. Windel-Glogau), b) Unsere Handelsbeziehungen zu den Nichtvertragsländern (Referent: v. Oldenburg-Januschau), c) Die Reichssteuervorlagen (Referent: Dr. Oertel).

„Die Jesuiten in Deutschland. Die Pfarrei Karlsruhe Diözese Breslau, ist in provisorischer Weise den Jesuiten übertragen worden.“ Diese Meldung ging vor einigen Tagen durch eine Anzahl katholischer Blätter. Nunmehr erhebt die liberale Presse hiergegen ein durchbares Gesetzesprojekt. Selbstverständlich handelt es sich um eine Pfarrei, die zum österreichischen Sprengel der Diözese Breslau gehört. Aber durch die durch Gesetz vom 8. März 1904 erfolgte Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes ist auch für Deutschland die Zahl eine andere geworden. Ein Jesuit, der deutscher Staatsbürger ist, kann sich überall im Reiche, ja selbst in Sachsen, aufhalten und niemand kann ihm zu nahe treten; jede Strafbefugnis ist wegfallen. Früher konnte den Jesuiten der Aufenthalt an bestimmten Orten untersagt werden, aber gerade diese Polizeibefugnis ist ganz wegfallen. Die Polizei kann nichts mehr gegen einen Jesuiten unternehmen, der in Deutschland lebt; er untersteht nur den allgemeinen Straf- und Polizeigesetzen, aber ein Sondergesetz gibt es nicht mehr. Jeder gerechtsdenkende Deutsche muß einen solchen Zustand begrüßen, nur die liberale Presse nicht. Was vom Jesuitengesetz noch besteht, ist der Artikel 1, der den Orden als solchen die Niederlassung verbietet. Und auch dieser Rest des Stultiuskampfes muß fallen und wird fallen.

— Bebel und die beleidigten Schlächtermeister. Wegen

vorherin die populärste Aufmerksamkeit zugewandert; ein phantastisches Märchen lag zu grunde, wunderliche märchenhafte Erzählungen und eine lästige Romantische Heimischung mussten zur Ausstattung dienen. Was aber baute Mozart auf dieser wunderlich abenteuerlichen Basis auf? Welcher göttliche Zauber steht vom populärsten Lied bis zum erhabensten Hymnus in diesem Werk! Welche Weltlichkeit! Die Quintessenz aller edelsten Blüten der Kunst scheint hier zu einer einzigen Blume vereinigt und verschmolzen zu sein. Welche ungegründete und zugleich edle Popularität in jeder Melodie, von der einfachsten bis zur gewaltigsten. In der Tat, das Genie tat hier einen fast zu großen Riesenschritt, denn indem es die deutsche Oper erobert, stellte es zugleich das vollendetste Meisterwerk derselben hin, das unmöglich übertroffen, ja dessen Grenze nicht einmal erweitert und fortgeschritten werden konnte!“

Das wäre ein kurzer Überblick über Mozarts Schaffen auf dem Gebiete der Oper, auf welchem sein Hauptverdienst liegt: klassische Form und Inhalt, sowie starke Charakterzeichnung gab er ihr und mit diesen verbindet er die lieblichste Melodik, so daß man ihm mit Berechtigung den Titel der Melodie nennen kann. Selbst in den verquältesten Szenen und kompliziertesten Verkleidungen der Stimme behauptet jede Figur den ihr eigenen Charakter.

Doch nicht nur die Oper, auch das Feld der Instrumentalmusik hat Mozart reich bebaut. Er schrieb 49 Sinfonien, 27 andere Orchesterwerke, 46 Tänze und Märkte, 43 Konzerte für verschiedene Instrumente, 3 Quintette, 31 Quartette, 2 Trios, 2 Violinkonzerte, 56 Kammermusikwerke für Klavier und andere Instrumente, 62 Klavierstücke, Sonaten, Orgelstücke und.

Wie später Schubert, so wirst man auch Mozart vor, er habe ein Schlemmerleben geführt und dem Gasthausleben

Beleidigung des Fleischergewerbes durch den Abgeordneten Bebel wird eine Protestkundgebung der Berliner Schlächtermeister vorbereitet. Bebel hat in seiner Rede am „roten“ Sonntag im Braubach'schen Gesellschaftshaus nach den Berichten davon gesprochen, daß von den preußischen Ministern im Jahre 1893 keiner in der ersten Massen wählen konnte, in der „dagegen der Wursthabitant Hester und Bordellwirte wählen“. Diese Zusammenstellung eines der bekanntesten Schlächtermeister Berlins mit den Bordellwirten hat die Kollegen des Herrn Hester aufs tiefste erregt. Man verlangt, daß Bebel diese unmotivierte Bekleidung zurücknimmt. Die freie Vereinigung der Berliner Schlächtermeister hat als erste sachverständige Vereinigung in der am Mittwoch stattgefundenen Versammlung zu dieser Angelegenheit Stellung genommen. bisher hat es nur ein preußischer Ministerialdirektor fertig gebracht, den Mittelstand zu bekleiden, jetzt steht der Führer der Sozialdemokraten ganz passend neben ihm.

Oesterreich-Ungarn.

Die Eröffnung des Kabinetts — derzeit gescheitert. Es wird vorläufig nichts mit dem Eintritt der Herren Dr. Pacak und Dr. v. Derschau ins Ministerium. Die parlamentarische Kommission der Jungtschechen stellte nämlich am Donnerstag als Bedingung für den Eintritt Dr. Pacaks ins Kabinett, daß der Standort der fünfzigjährigen Universität in Mähren und der Zeitpunkt ihrer Errichtung vorher festgestellt werden. Die Regierung war aber nicht in der Lage, in dieser Sache eine Zusage zu machen, da die Deutsche Volkspartei, wohl infolge der Gegenvorstellungen der Fortschrittspartei und der Verfassungspartei es nicht mehr wagte, in der Universitätsfrage irgendwelche Verpflichtungen einzugeben, obwohl in dieser Frage bereits ein Einvernehmen mit den Jungtschechen angebahnt war. Die parlamentarische Kommission der Jungtschechen hielt nach der Ablehnung ihrer Forderung es nicht für vorteilhaft, daß unter den momentanen Verhältnissen ein Vertreter des Tschechischen Klubs in das Kabinett eintritt.

Schweiz.

Vom baufälligen altkatholischen Kirchlein ist wieder eine Säule gestürzt. Der Gemeinderat des großen Ortes Verbois bei Genf bat die dortige Kirche, die zu Anfang der 1870er Jahre mit Hilfe der Kantonsregierung an die Alt-katholiken übergegangen war, wieder den römischen Katholiken eingeräumt, da die Zahl und die Frömmigkeit der letzteren mittlerweile so zusammengezogen sind, daß sie die Kosten der Reparaturen des Gotteshauses nicht mehr zu bestreiten vermöchten. Dieser nicht vereinigt dastehenden Tatsache werden zweifellos andere altkatholische Gemeinden folgen, da in diesen Kreisen überall dieselbe Nutzlosigkeit einzutreten scheint.

Luxemburg.

Nach privaten meldungen ist im Besitzen des Großherzogs von Luxemburg eine Verschlechterung eingetreten. Die Sprache ist gelähmt.

England.

Bis heute abend wurden gewählt: 342 Liberale, 41 Arbeiterveterinier, 140 Unionisten und 81 Nationalisten. Die Liberale haben bisher 174, die Arbeiterveterinier 32, die Unionisten 10, die Nationalisten 2 Sitze gewonnen. Die liberale Partei hat hier nach einer Majorität von 80 Stimmen über alle anderen Parteien.

König Edward wird, begleitet von der Königin Alexandra, das Parlament am 19. Februar persönlich eröffnen. Das Parlament tritt bereits am 13. Februar zusammen, um den Precher zu wählen und andere formelle Vorbereitungen zu treffen.

Spanien.

Bur Marokko-Konferenz. Ein von französischer Seite beantragtes Unternehmungsrecht auf Waffenkontrolle gegen Schiffe scheiterte an dem vereinigtem Widerstand der übrigen Mächte, sodass das abgelehnte Reglement die Schiffschristen in seiner Weise nachteilig verläuft. Andererseits ließ man auf marokkanischen Widerstand hin die Freilassung des Importes von Jagdgewehren entgültig fallen. Sodann ging die Beratung über die finanziellen Fragen über.

Niederlande.

Die Not des Deutschlands in Niederlande. Die Höhe der bisher eingegangenen Spenden beläuft sich bis 20. Januar infl. auf 155 564 M. Bei der Verwendung der Hilfs Gelder wird natürlich auch keinerlei Unterschied bezüglich der Geschlechter und der in den Ostseeprovinzen zurückgebliebenen Rotfeldenden gemacht. Es wurden bisher insgesamt nach den Ostseeprovinzen 50 000 M. an die dortigen Rotlandausküsse gesandt, während ungefähr die gleiche Summe für Flüchtlinge innerhalb des Deutschen Reichs verwendet wurde.

Am 25. d. M. drangen in Lodz bewaffnete sozialistische Banden in drei Wahlbüros ein und vernichteten alle darin befindlichen Akten und Utensilien.

Wie aus Loshagai, einer Station an der mandschurischen Bahn, gemeldet wird, kam es zwischen einer Abteilung Soldaten und Manifestanten zum Kampf. Hierbei wurden 4 Männer schwer und 30 leicht verwundet. Einer wurde getötet. Die Manifestanten wurden zerstreut.

Der in Moskau tagende Kongress der Adelsmänner erklärte in einer Resolution, daß eine starke und gesetzliche Regierungsgewalt weiße und geeignete Maßregeln zur Niederwerfung der aufständischen Bewegung und zum Schutz der friedlichen Bevölkerung vor Gewalttaten treffen müsse. Zur Verhinderung des Landes und zur Stärkung der Regierungsgewalt sei es ferner unumgänglich notwendig, daß die Überzeugung vorherrsche, daß die Duma einberufen werde und daß die Freiheit der Wahlen und deren vorangehende Versammlungen geschützt werden.

Und den deutschen Kolonien.

Südwestafrika. Am 19. Februar früh gelang es, Cornelius in den Tirasbergen in der Gegend der Arribalas-Vorte zum Kampf zu stellen. Er schätzte über 100 Gewehre und war außerdem von zahlreichen nicht mit Gewehren ausgerüsteten Kriegern begleitet. Nach dreistündigem Gefecht wurde Cornelius in die Flucht geschlagen. Er ließ 12 Tote auf dem Platz. Eine Anzahl Gewehre, Mörser und Granaten wurden erbeutet. Auf deutscher Seite sind drei Männer gefallen, drei Mann schwer verwundet.

In
nämlich
Auf der
496 905 auf
279 740 To
des dänisch
618 000 Dol
Wert des D
Dollars betr
erreicht.

Sie ist
gestrichen
erhebung
Seite
gegebene
tion des ge
lung Konf
von der Ein
liches Einfor
Den mündlic
schwede- u
Die Deputa
regierung zu
sproch den W
stimmen wer
der Veteran
meindet da
kommenstei
schen sei. —
erklärt, die
bürger, weid
haben, den S
Anträgen an
sonderes Wo
man in mü
vom Jahr 1
Erwartung
nachlässigt
Goldstreu
wie er angr
sonder, weic
sei. Wenn n
es auf and
tationsantrag
einheitlich an
berichtet. A
Girt in Dres
Höhe von 80
trugte, die S
heit, besteh
neten Bahne
Girt der fö
überweisen u
die längere
gelaufene A
Staatschaub
sprach sich f
minister Dr
läuterte. D
nommen.

In der
beraten, un
Johann Ge
seiner Ruhe
den Plänen
Stimmungen
sicherung bei
ust. (Bericht
beantragt di
der Regieru
der Verhandl
tion dem V
Antrag einst
anträgt die
Kenntnisnah
bei Abänder
Gegenstand.
— Nächste
11 Uhr. To

Tage
zu Nikolai, de
„Tzavata“.
Stadt von Ni
deutscher Kai
zu Berlin. G
1781. * Adol
1775. * Fried
Philosophie.
eine bedeutende

* We
lokalen B
Witterung, u
west. Lustde
— Sc
der Prinz
mit dem sa
ab Dresden.
Majestät des
abend fassen.
Majestät des
Georgs bef
à la suite.
Oberst Wilh
v. Berlepsch
vorausstellt.

* Sc
des Herrn O
begeben die
abend, den
Ausstellung